

## Radiologie: Neuer Chefarzt

**KANTONSSPITAL** red. Dr. med. Christian Blumer (Bild) hat seine



Stelle als Chefarzt der Radiologie am Zuger Kantonsspital angetreten. Er löst den langjährigen Chefarzt, Dr. med. Alex Kaufmann, ab, der auf eigenen Wunsch seine Tätigkeit auf ein Teilzeitpensum als leitender Arzt reduziert. Blumer (52) nimmt in seiner Funktion auch Einsitz in der Spitalleitung. Christian Blumer absolvierte sein Studium an der Medizinischen Fakultät der Universität. Von 2006 bis zu seinem Stellenantritt im Zuger Kantonsspital war er Co-Chefarzt Radiologie am Luzerner Kantonsspital. Davor war er am Luzerner Kantonsspital von 2002 bis 2006 leitender Arzt Radiologie, von 1993 bis 2002 Oberarzt Radiologie sowie von 1989 bis 1993 Assistenzarzt Radiologie.

## FDP: Gegen Betten in Baar

**ZUG** red. Die FDP der Stadt Zug lehnt mit einer grossen Mehrheit die Vorlage «Erwerb von 44 Pflegebetten im Neubau Pflegezentrum II Baar» ab. Die Liberalen der Stadt Zug stören sich gemäss einer Mitteilung daran, dass jedes Bett 440 000 Franken kosten würde. Das sind rund 70 000 Franken mehr als im neu eröffneten Zentrum Frauensteinmatt. Zudem habe es der Stadtrat versäumt, die nötige Anzahl von Pflegebetten auf Stadt Zuger Boden zur Verfügung zu stellen. Es gehe nicht an, die benötigten Pflegebetten nun massiv teurer in Baar zuzukaufen. Unbestritten ist: Den Bedürfnissen der älteren Generationen soll Rechnung getragen werden und entsprechende Einrichtungen müssen zur Verfügung gestellt werden. Dies soll aber basierend auf einer klaren Strategie und mit kosteneffizienten Lösungen geschehen. Dies ist schnellstmöglich anzugehen, damit die entsprechenden Einrichtungen bereitgestellt werden können. Der Vorlage betreffend Rahmenkredit zu den Ergänzungsbauten in den Schulanlagen Letzi, Riedmatt, Herti sowie Oberwil, wurde ohne Gegenstimme zugestimmt.

# Plan B: 100 Leute im alten Spital

**ASYLWESEN** Nach und nach werden mehr Details zum Notkonzept des Kantons bekannt. Der zieht nach zweieinhalb Jahren auch Bilanz.

CHANTAL DESBIOLLES  
chantal.desbiolles@zugerzeitung.ch

Die Situation im Asylwesen gleicht einem Flächenbrand: An vielen Orten wird Widerstand laut gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in bestehenden oder noch zu planenden Unterkünften. Nachdem sich die jüngsten Unruhen im Kanton rund um das ehemalige Altersheim Waldheim gelegt haben, zieht die Direktion des Innern Bilanz – und gibt nebenbei auch noch ein paar Details zur möglichen Notunterbringung auf dem alten Kantonsspitalareal bekannt: Zu den derzeit 78 Leuten, die hier vorübergehend wohnen, könnten bis zu 100 Asylsuchende mehr auf zwei zusätzlichen Stockwerken kommen – im Erdgeschoss, das derzeit nicht

vermietet ist, und im dritten Obergeschoss des Südflügels, das ebenfalls ab dem Sommer frei ist. «Aber nur, wenn alle Stricke reissen», betont Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern. Die Regierung hat ein Notfallszenario erarbeitet, das dann greift, wenn innerhalb weniger Monate mehr als hundert Asylsuchende dazukommen. Weichelt hofft, dass es nie zur Anwendung gelangt. Bisher war bekannt, dass in diesem Fall innerhalb von vier bis sechs Wochen eine Unterkunft bereitstehen wird – und dass es sich dabei höchstwahrscheinlich um das Areal des Kantons handelt (Neue ZZ berichtete).

### «Bewährtes Konzept»

Diese Information ist nun gesichert. «Die Räumlichkeiten eignen sich für die Unterbringung von Einzelpersonen und Familien», teilt die Direktion des Innern mit. Und dass die Räume voraussichtlich nur bis Ende 2015 für eine Notfallunterkunft zur Verfügung stehen. Noch vor Ablauf dieser Zeit werde die Regierung das Notkonzept revidieren und für die Zeit danach ein neues Konzept festlegen. Das bestehende ist Teil der regierungsrätlichen Strategie aus dem Jahr 2009

zur Unterbringung von Asylsuchenden. «Die Strategie sieht verschiedene sich ergänzende Massnahmen vor und ist erfolgreich», steht in der Medienmitteilung. Die Unterbringung ist in zwei Phasen unterteilt: Erst werden alle Asylbewerber in der Durchgangsstation Steinhausen untergebracht und auf das Leben in der Schweiz vorbereitet. Danach werden sie einer der über 40 verschiedenen Unterkünfte zugeteilt. «Das dezentrale Unterbringungskonzept im Kanton Zug hat sich bewährt», so die Direktion. Geeignete Asylunterkünfte zu finden, sei eine permanente Herausforderung. Das zeigten die aktuellen Diskussionen.

### 80 mehr in Zuger Unterkünften

Die Situation im Kanton Zug wird zurzeit als angespannt, aber nicht als dramatisch bezeichnet. Die Zahl der Asylsuchenden im Kanton hat sich seit Anfang Jahr um rund 80 Personen erhöht. Bisher hätten noch immer ausreichend Unterkünfte bereitgestellt werden können, um diesen Anstieg zu bewältigen. «Dies verdanken wir der Strategie und der engagierten und guten Zusammenarbeit mit den Einwohner-

gemeinden und Privaten», stellt Weichelt fest.

Eine Prognose zur Entwicklung der Zahlen sei sehr schwierig. Das Bundesamt für Migration rechnet in den nächsten Monaten mit einer wöchentlichen Zuweisung von 500 bis 580 Personen an die Kantone. Der Kanton wird daher rund sieben bis acht Personen pro Woche aufnehmen müssen. Im letzten Halbjahr seien aber auch zwischen 15 und 36 Personen monatlich wieder aus Zug ausgereist.

### Ziel: 50 Prozent eigene Unterkünfte

Um den Handlungsspielraum des Kantons zu erhöhen, setzt der Kanton auf mehr kantonseigene Unterkünfte. Eine weitere grosse Station sei nicht vorgesehen. Die Durchgangsstation Steinhausen ist seit Jahren im Besitz des Kantons. Mit dem Kauf von Unterkünften in Cham und Allenwinden, der Zwischennutzung des ehemaligen Kantonsspitals in Zug und mit dem Bau einer kantonalen Unterkunft in Holzhäusern sind heute rund 40 Prozent der Plätze im Besitz des Kantons. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, diese Quote auf 50 Prozent zu erhöhen.



In den Gängen des alten Kantonsspitals herrscht unter Umständen bald mehr Betrieb.  
Bild Christof Borner-Keller

## Besonderer Geburtstag

Was «geschah» am 7. 2. 1971? Ja, genau: Die Mehrheit der Schweizer Männer stimmte dem Stimm- und Wahlrecht der Schweizer Frauen auf Bundesebene zu. Letztes Jahr wurde das 40-Jahr-Jubiläum gefeiert. Das Buch «Geboren am 7. 2. 1971» ist aufgrund dieses Jubiläums entstanden.

Von den rund 100 Mädchen, die an diesem historischen Tag geboren wurden, werden 17 Frauen im Buch porträtiert. Sie erzählen aus ihrem Leben, vielfach im Dialog mit ihren



Arlene Wyttenbach, Didaktisches Zentrum Kanton Zug

Müttern und ihren Kindern. Eindrückliche Fotografien begleiten die Interviews. Es sind Frauen aus allen Landesteilen, aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und in unterschiedlichen familiären Verhältnissen lebend, die zu Wort kommen. Sie zeigen die Vielfalt von Lebensentwürfen und Lebensformen, die heute – im Vergleich zur Zeit der Mütter – möglich sind. Die Porträts sind spannend und leicht zu lesen. Gerne würde frau/man noch mehr erfahren. Eindrücklich das Porträt von den

Zwillingen französischer Eltern, die in Bern und Genf aufwuchsen und von denen nur die eine eingebürgert wurde; ebenso eindrücklich das Porträt der ersten Kreisförsterin im Kanton Luzern oder der Lebensweg der Rechtsanwältin aus dem Kanton Graubünden nach Brüssel. Neben der Viel-

### BUCHTIPP

falt zeigen die Porträts auch Gemeinsamkeiten: Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hürden auf dem Weg zur Chancengleichheit. Und sie vermitteln ein Bild, wo wir heute bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter stehen.

Zwischen den Porträts wird anhand von 16 eidgenössischen Abstimmungen der Frage nachgegangen, ob sich die politische Realität durch das Frauenstimmrecht verändert hat. Ja, sie hat sich. Dank den aktiven Stimmbürgerinnen wurden soziale und ökologische Fragen mehrheitsfähig: neues Eherecht, Kleinbauern-Initiative, Atom-Moratorium, Alpen-Initiative (Verkehrsverlagerung), Antirassism-Gesetz und so weiter.

«Geboren am 7. 2. 1971: die Mütter und Töchter des Frauenstimmrechts.» Herausgeberin: Barbara Ritschard. Hep Verlag Bern, 2011. 179 Seiten. ISBN 978-3-03905-762-7

## FDP: Einig und in Festlaune

**BAAR** Drei Parolen gaben bei der FDP-Parteiversammlung von gestern Abend kaum zu reden. Die anderen drei hingegen umso mehr.

Es war (auch) eine Art «kleine Feier», die gestern Abend mehr als 70 FDP-Mitglieder im Foyer des Schulhauses Sennweid in Baar zu Beginn des Abends zelebrierten. So freuten sie sich beim Apéro – zusammen mit Landammann Matthias Michel, Regierungsratskollege Urs Hürlimann und Ständerat Joachim Eder – zuerst über den Coup, der der Partei gelungen ist, indem sie Josef Lang den Nationalratssitz abgejagt hat. Dies dank des Sieges von Bruno Pezzatti, der sich gestern entschuldigen liess. Diebisch freute sich danach im Saal Kantonalpräsident Andreas Kleeb, als der Projektor ein grosses Bild mit Sieger Pezzatti, neben einem kleinen Bild des niedergeschlagenen Lang, an die Wand projizierte. «Wir haben im Wahlkampf gesagt, jetzt langts», sagte Kleeb und fügte an: «Und es hat gelangt.»

### «Nicht allzu einfach»

Sinnigerweise lud die Kantonalpartei zur Parteiversammlung in ein Schulhaus, was sich denn in der Folge auch als thematisch richtig herausstellte. Zwar waren die Parolenfassungen bis auf eine Ausnahme eine klare Sache. So auch

– und wie erwartet – bei den Parolen zu den kantonalen Urnengängen um die beiden Notenninitiativen. Doch eben genau die Notenninitiativen lieferten Stoff für einige emotionale Voten.

Es gehe um zwei Vorlagen zum gleichen Thema – und das Ganze sei darum nicht allzu einfach. So begann Kantonsrat Thomas Lötscher aus Neuheim mit



«Und es hat gelangt.»

ANDREAS KLEEB,  
FDP-KANTONALPRÄSIDENT

seinen Ausführungen zu den beiden Initiativen, die bekanntlich am 11. März zur Abstimmung kommen. «Und ich versuche, die Verwirrungen nun zu entwirren und Sie auf den richtigen Weg zu führen.» Im Namen der Geschäftsleitung warb Lötscher in der Folge für ein Ja der Gesetzesinitiative «Noten ab der 2. Klasse», die auch wesentlich von der FDP-Fraktion im Kantonsrat unterstützt wird. Die Verfassungsinitiative der SVP für Noten ab der 1. Klasse und

einem zehnjährigen Moratorium für Schalexperimente mit Noten lehne die FDP ab, erklärte Lötscher weiter und warb letztlich für ein Kreuzchen «ihrer Initiative» bei der Stichfrage.

### Deutliche Entscheidungen

Vom Werben Lötschers nicht aus der Fassung bringen liess sich aber René Weber. Das Unterägerer Schulkommissionsmitglied sagte: «Noten sagen nichts aus – die wollen wir keinesfalls wieder einführen.» Der Präsident von Schule und Elternhaus des Kantons Zug kämpfte beherzt gegen die beiden Notenninitiativen. Trotzdem stimmten letztlich nur 4 Vertreter gegen Noten ab der 2. Klasse, und 8 FDP-Mitglieder sprachen sich gar für Noten ab der 1. Klasse aus. Einstimmig sprachen sich die FDP-Vertreter für das Kreuzchen bei der Stichfrage aus.

Viel zu reden und 36 Ja gegen 20 Nein gab es für die eidgenössische Volksinitiative für ein steuerlich begünstigtes Bausparen. Und obwohl sich nur 4 Mitglieder für die erneute Buchpreisbindung starkmachten, wurde auch darüber zuvor heftig debattiert.

Klar und chancenlos waren die Initiativen aus linken Kreisen «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen» und «sechs Wochen Ferien für alle», die beide ohne Ja-Stimme zur Ablehnung empfohlen werden. Und der Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele wird einstimmig unterstützt.

CHARLY KEISER  
charly.keiser@zugerzeitung.ch